



Around Europe - Deutsche Ausgabe

Auszüge aus Nr 337 (November 2011)

Neue Informationspapiere zu Antworten der EU auf den Terrorismus:

Die Auswirkungen auf Menschenrechte, Demokratie und Friedensarbeit

Während des letzten Jahres habe ich nachgeforscht und drei Informationspapiere geschrieben, die die frühere Arbeit von QCEA zu den Antworten der EU auf den Terrorismus aktualisieren. Die Praktiken in Bezug auf Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene sind zahlreich, sehr fachspezifisch und kontrovers, was Anzahl und Komplexität dieser Papiere deutlich machen.

Das Informationspapier 13 betrachtet die Auswertung der Europäischen Kommission zur Terrorbekämpfung im Jahr 2010, die Reaktionen darauf und die fortbestehende Notwendigkeit einer kritischen und unabhängigen Überprüfung. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE Komitee) hat sich zu den Unzulänglichkeiten dieser Bewertung geäußert. Auf einer Sitzung des LIBE Komitees präsentierte das Internationale Zentrum für Terrorismusbekämpfung seine Untersuchungen zu den unbeabsichtigten Folgen der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. Insbesondere die Auswirkungen einer Art von Regierungsdiskurs, der

- Terrorismus als eine akute Bedrohung für alle darstellt,
- betont, dass es keine gemeinsame kulturelle Identität oder mögliche Überschneidung unter den terroristischen Gruppierungen gibt,
- und der verbunden wird mit wichtigen, groß angelegten Antiterrormaßnahmen.

Diese Art von deutlich sichtbarer Terrorismusbekämpfung steht in enger Beziehung zur Häufigkeit von Terrorakten. Aber weit bedeutungsvoller, als es in vielen Fällen erscheint, ist, dass erst nach der Einführung dieses Diskurses die Zahl der Terrorakte anstieg und dass erst nach dessen Reduzierung ihre Anzahl tatsächlich zurückging. Die Forschung wies auch auf die Tatsache hin, dass ein hoher Grad von Dringlichkeit, Mobilisierung und Sichtbarkeit Hand in Hand geht mit der stetigen Radikalisierung neuer Mitglieder. Aus verschiedenen Theorien zur Erklärung dieses Phänomens schließt die Untersuchung, dass zurückhaltende Ausdrucksweise und ein Diskurs zu einer punktuellen Verbrechenverhütung wirkungs-vollere Strategien zur Terrorismusbekämpfung sind, als enorme Ermessensspielräume noch zu vergrößern und sich auf den Ausnahmezustand zu berufen.

Informationspapier 14a untersucht die relevanten Gesetze und die Entwicklung der Strukturpolitik, einschließlich des Vertrags von Lissabon. In Anbetracht der EU Strukturpolitik von „Verhindern, Schützen, Verfolgen, Reagieren“ folgert QCEA, dass das Element „Verhindern“ tatsächlich keine Priorität genießt, obwohl es wiederholt als bevorzugter Bereich für einen notwendigen erhöhten Einsatz bezeichnet wird. Die weiter gefassten Aspekte von „Verhinderung“, z.B. soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gleichberechtigung und Einbeziehung (conclusion) werden noch immer stark vernachlässigt oder zu einem Problem von Ländern außerhalb der EU herunter gespielt. Für jegliche Art von dauerhafter und nachhaltiger Terrorismusbekämpfung muss dies korrigiert werden, besonders im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit anwachsenden Drucks auf zukünftige Konflikte. Wir beziehen uns hier auf

Probleme wie die anwachsende globale wirtschaftliche Ungleichheit, den zunehmenden Mangel an Ressourcen, die Klimaänderung und die durch letztere bedingte Zahl von Zwangsvertriebenen. Diese Probleme können die Menschen in eine äußerste Notlage bringen - bedingt durch einen so geringen Anteil an der normalen Gesellschaft - und in eine so asymmetrische Position, dass sie bereit sind, zu den Waffen zu greifen oder Terrorakte zu begehen. Die Gesetzeswidrigkeit oder Unmoral einer Handlung bedeutet jedoch nicht, dass das Problem, um dessentwillen sie begangen wurde, nicht angepackt werden muss. Die enorme Aufgabe, eine gerechte und nachhaltige Welt zu schaffen, ändert nichts an der Tatsache, dass dies die einzige machbare Langzeitlösung für die Bedrohung durch den Terrorismus ist. Kein noch so hohes Maß an Überwachung, Kontrolle oder Militarisierung kann uns vor der Bedrohung durch den Terrorismus vollständig schützen; denn es bedarf nicht mehr als der unvorhersehbaren Tat eines bewaffneten Einzelnen. Außerdem ist die Welt eines George Orwell mit ihrer Überwachung und Kontrolle nicht die Art von Gesellschaft, in der wir leben möchten.

Ein weiteres Gebiet, auf dem QCEA gern mehr getan sehen würde, ist die Rolle der Praktiken von Restorative Justice (wiederherstellende Justiz) bei terroristischen Verbrechen. Restorative Justice ist „ein Prozess, bei dem die an einem bestimmten Verbrechen Beteiligten gemeinsam beschließen, wie mit dessen Folgen und seinen Auswirkungen für die Zukunft umzugehen sei.“ Eine vorbereitende Untersuchung schlägt Praktiken von Restorative Justice vor; Opfer-Täter Mediation, gemeinsame Besprechungen, Gesprächskreise und Gesprächsrunden über Folgen für die Opfer können in manchen Fällen gezielt auf die Nöte der unterschiedlichen Opfer von Terrorismus eingehen. Es ist auch klar, dass weitere Forschungen auf diesem Gebiet nötig sind, und es muss bedacht werden, wie (in manchen Fällen) die Erlebnisse von Terrorismusopfern in Arbeitsprogramme für Menschen eingebracht werden können, bei denen die Gefahr besteht, dass sie zu Terroristen werden. Wie ein Restorative Justice Praktizierender feststellte: „Verzicht auf Terror geschieht nicht nur in der Weigerung, Krieg zu befürworten, sondern in jedem Akt von menschlicher Güte und Anstand.“

Das Informationspapier 14b untersucht besondere politische Initiativen und unsere wichtigsten Anliegen in Bezug auf Menschenrechte, demokratische Kontrolle und Friedensprobleme. Der EU Koordinator für Terrorismusbekämpfung (CTC) hat erkannt, „dass in einer Anzahl von Dritte-Welt-Ländern Menschen-rechts- und Gesetzesverletzungen sowie Unterdrückung durch Regierungsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus wesentlich zur Radikalisierung beitragen. Also schafft diese zur Bekämpfung von Terrorismus angewandte Politik tatsächlich selbst die Bedingungen zur Verbreitung von Terrorismus.“

Aus der Analyse des Programms zur Aufspürung der Terroristenfinanzierung (Terrorist Finance Tracking Programme), der Erstellung einer Namensliste der Reisenden, der Verwendung von Terroristenlisten, außergerichtlicher Rückführungen, geheimer Verhaftungen und der Komplizenschaft bei der Anwendung von Folter sowie einiger beunruhigender Trends in Bezug auf das Internet in Verbindung mit Terrorismus- bekämpfung folgert QCEA, dass die Einschätzung des Koordinators für Terrorismusbekämpfung, dieses Problem bezöge sich nur auf Dritt-Welt-Länder, zu optimistisch ist. Die EU muss dringend ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, was Menschenrechts- und Gesetzesverletzungen betrifft, um nicht die eigenen Versuche zur Verringerung der Bedrohungen durch Terrorismus zu untergraben.

Es geschieht eine Menge unter dem Oberbegriff „Terrorismusbekämpfung“, sowohl auf der Ebene der Mitgliedsstaaten als auch der EU. Die Anzahl der Anliegen von QCEA in ihren drei Informations-

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstutzungsgruppe
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website www.qcea.org zu finden

Papieren schafft gewichtige Gründe dafür, was das LIBE-Komitee in einem kürzlich erschienen Bericht forderte: eine vollständige Prüfung der Kosten, der Effektivität und der Auswirkungen auf die bürgerlichen Freiheiten durch die Terrorismusbekämpfungspolitik. Am 13. September jedoch verschob das Europaparlament eine Abstimmung über die Entscheidung, diesen Bericht und seine Empfehlungen zu verabschieden. Dieser Aufschub war eine Reaktion auf die Meinung vieler Europaparlamentarier des rechten Spektrums, dass der Bericht des LIBE-Komitees zu kritisch sei, und sie wurde auch deshalb verschoben, um eine mögliche Ablehnung zu vermeiden. Wenn dieser Bericht jedoch zu kritisch ist, würde das eine gründliche Untersuchung beweisen. Also warum die Furcht vor einer Untersuchung? Eine ernsthafte Überprüfung und Verantwortlichkeit können nur durch größere Transparenz und demokratische Aufsicht entstehen. Ohne diese besteht die ernsthafte Sorge, dass - in der Formulierung eines Europarat-berichts von 2007 - „die Regierungen aus Angst vor der terroristischen Bedrohung Nutzen ziehen, um willkürliche Einschränkungen fundamentaler Freiheiten zu verhängen.“

QCEA fordert die Europaparlamentarier dazu auf, in Übereinstimmung mit der Notwendigkeit demokratischer Aufsicht und unabhängiger, kritischer Überprüfung der Terrorbekämpfungspolitik abzustimmen. QCEA ruft auch die Bürger der europäischen Staaten auf, genau das - und nicht weniger - von ihren parlamentarischen Vertretern zu fordern.

Zu neuen Informationen und unseren vollständigen Empfehlungen an die Entscheidungsträger siehe unsere Website und Blog.

Rachel Transey

Übersetzung: Christel Wieding